



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	3
Unser Bürgermeisterkandidat für Pulsnitz – ein Brückenbauer in mehrfacher Hinsicht	3
Neue Schöffen und Friedensrichter 2023 im Landkreis Bautzen	4
KEIN WEITERES ASYLHEIM IN HOYERSWERDA – Online Petition	5
PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten des Landkreises Bautzen	5
Elektrifizierung der Bahnstrecke im Oberland ist ein Muss	5
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	6
Termine im Kreisverband Bautzen	8
Nachrichten von und mit Karsten Hilse, MdB	9
Ansprache zur Einweihung des Bismarckzimmers im Deutschen Bundestag am 7.2.2023	9
Rede auf der Friedensdemo in Bautzen am 13.2.2023	9
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	9
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 12.2.2023	9
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 11./12.2.2023	11
AfD-Antrag: Kohle bis 2050 mit CO ₂ -Abscheidung nutzen	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.2.2023	12
AfD-Anfrage: 1.127 Asyl-Intensivtäter in Sachsen	12
Wir gedenken der Opfer des Bombenangriffs	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.2.2023	12
AfD-Antrag: Regierung darf Journalisten nicht bezahlen!	12
Maschinenbau in großer Sorge: Russland-Sanktionen abschaffen!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.2.2023	14
„Flüchtlingsgipfel“: Veto-Recht gegen neue Asylzentren einführen!	14
Angriff auf AfD-Stadtrat: Keine Narrenfreiheit für Linksextremisten	14



PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.2.2023	15
Deutschland als Anführer des Krieges gegen Russland?	15
Gaspreise senken, Nord Stream 1 und 2 reparieren.....	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.2.2023	16
Führerschein für Azubis in ländlichen Regionen bezuschussen!	16
Neues von der Alternative für Deutschland	18
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	18
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien.....	18
Große Mehrheit lehnt Faesers Massenmigration ab!	18
Deutsche Linksterroristen in Ungarn verhaftet.....	19
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	20
Friedensinitiative der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.....	20
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	21
Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien.....	21
Deutschland braucht eine Zeitenwende in der Migrationspolitik!.....	21
AfD-Fraktion stellt Strafanzeige gegen Nancy Faeser!	22
Nachrichten aus Deutschland und der Welt.....	22
Nicht gezählte Briefwahlstimmen entdeckt	22
Erster Stromversorger in Oberlausitz senkt Preis	22
Auch das noch	22
Neuer Mobilfunkstandard - Projekt «6G Health» begonnen.....	22
Sachsen: Innovativer Standort für Life Sciences-Unternehmen.....	22
Video-Empfehlungen	23
Thomas Ehrhorn (AfD) im Deutschen Bundestag zu Hass, Hetze und Kriegstreiberei IM Deutschen Bundestag.....	23
Informationskanäle der AfD.....	23
Kommunalmandate im KV Bautzen	24
PRESSE-ARCHIV.....	24
SPENDENKONTO.....	24
KONTAKT:.....	24



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Unser Bürgermeisterkandidat für Pulsnitz – ein Brückenbauer in mehrfacher Hinsicht

Liebe Pulsnitzer, Friedersdorfer und Oberlichtenauer,

am 19. März 2023 wählen Sie Ihren neuen Bürgermeister! Es erfüllt mich mit großem Respekt und Freude, für dieses Amt zu kandidieren. Reden wir miteinander und gestalten wir Pulsnitz und seine Ortsteile gemeinsam.

Pulsnitz ist eine lebens- und liebenswerte Stadt, in der ich gern zu Hause bin. Dank Ihrer zahlreichen Stimmen zur Kommunalwahl bin ich seit Mai 2019 für Sie im Stadtrat und im Kreistag aktiv. Im **Stadtrat** setzt sich unsere Fraktion für Klarheit, Transparenz und Bürgernähe, für ernsthafte inhaltliche Beratungen und den effizienten Einsatz der Gelder ein. Durch Sachanträge haben wir darauf eingewirkt, dass insgesamt eine sorgfältigere Haushaltsplanung erfolgt, 2021 erhebliche finanzielle Reserven aufgespürt wurden, die Grundsteuererhöhung 2023 nur gering ausfiel, Unterlagen zu öffentlichen Beratungen für alle Einwohner öffentlich einsehbar sind, eine transparente Kostenkontrolle der Rathaussanierung erfolgt und Jugendtreff und weitere Vereine im Gebäudekomplex an der Goethestraße ihr Zuhause finden und behalten konnten.



Ein neuer **Bürgermeister** beginnt nicht bei null; er tritt das Erbe seiner Vorgänger an. Er leitet Stadtrat und Verwaltung und vertritt die Stadt nach außen. Einzig das Wohl der Stadt und seiner Bürger kann das Kriterium für Entscheidungen sein. Dabei ist jeder Bürgermeister zu politischer Neutralität sowie sachlicher, den Tatsachen entsprechender Information der Gremien und der Öffentlichkeit verpflichtet. Hier liegt aktuell einiges im Argen.

Als Ihr Bürgermeister möchte ich die Basis für eine **tatsächliche Zusammenarbeit** schaffen, mit Stadtrat und Verwaltungsgemeinschaft ebenso wie mit den Kliniken und Gewebetreibenden; ich möchte Eigeninitiative und Eigenverantwortung fördern, Ehrenamt, Jugend und Vereine unterstützen, Pulsnitz und seine Ortsteile lebenswert erhalten und gestalten sowie deren Interessen im Landkreis vertreten.

Aus meiner **Ratsarbeit** sehe ich folgende Prioritäten: Es gilt, die **Haushaltsplanung** weiter zu optimieren. Ein solider Haushalt sowie der wirtschaftliche Einsatz der Gelder ist die Basis für alles, einschließlich der Fördermittel, die Pulsnitz für die Realisierung nahezu jedes größeren Vorhabens benötigt - Instandhaltung wie Neuinvestition. Die **Sanierung der Grundschule Pulsnitz** ist seit drei Jahren angedacht und verlangt nach Konkretisierung. Die **Sportstättenleitplanung** weist für Pulsnitz den Bedarf einer Zweifelder-Sporthalle aus. Hier erachte ich eine innovative, stadt-eigene Lösung als gemeinsames Sport- und Vereinszentrum für sinnvoll. Das neun Jahre alte **Stadtentwicklungskonzept** ist im Sinne einer „urenkeltauglichen“ Stadtplanung fortzuschreiben. Gefragt sind Ideen und Lösungen, die Raum für nachhaltiges Bauen, Leben und Wohnen, Erholung, Sport und Tourismus sowie die Ansiedlung von Unternehmen bieten. Für einen alltagstauglichen und sicheren **Radweg** Pulsnitz-Friedersdorf-Oberlichtenau gilt es, eine Trassenführung zu finden und das seit 2020 laufende Förderprogramm „Stadt und Land“ im Blick zu behalten.



Neben einer überlegten Zukunftsplanung drängen zahlreiche **Erhaltungsmaßnahmen**. Ein großer Teil der **Gemeindestraßen** ist sanierungsbedürftig. Größere Vorhaben sind zu priorisieren und vorzudenken. Mangels Fördermöglichkeiten liegt die Priorität derzeit auf Instandhaltung und Instandsetzung. Zahlreiche **Brücken** sind mit möglichst einfachen, technisch sinnvollen Lösungen zu erhalten, wenn notwendig zu erneuern. Hier besteht vorrangig in Friedersdorf Handlungsbedarf. Für die **Garagen** ist standortbezogenen Zustand, Restnutzungsdauer und Reparaturaufwand zu ermitteln und zu klären, was benötigt wird und was wie lange und mit welchem Aufwand erhalten werden kann. Am Herzen liegen mir auch die Begrünung der Stadt, die Pflege des **Stadt-Grüns** und die Erhaltung alter Bäume.

Der finanzielle Rahmen für die **kommunale Selbstverwaltung** wird von Bund, Land und Landkreis geschaffen und durch die örtlichen Gegebenheiten gesetzt. Aktuell weiß niemand, welche „Überraschungen“ uns noch beschert werden und welche Auswirkungen das auf die Stadt haben wird. Daher möchte ich Ihnen nicht „das Blaue vom Himmel“ versprechen. Was wir aus allem machen, hängt maßgeblich davon ab, dass wir tatsächlich miteinander im Gespräch sind. In der Wiedereinführung von Bürgermeistersprechstunde, Bürgeranfragen in den Ratssitzungen und der Durchführung von Bürgerversammlungen sehe ich dazu gute Gelegenheiten.

Denken wir in Lösungen, finden wir auch Lösungen!

Bevorzugen Sie Wahrheit und Klarheit, Sachlichkeit und Neutralität sowie Transparenz und Bürgernähe, dann freue ich mich über Ihre Stimme am 19.03.2023!

Ihr Dr. Frank Hannawald
www.hannawald-pulsnitz.de

Persönliches: geboren 1975 in Bautzen, aufgewachsen in Wilthen, zu Hause in Pulsnitz
Studium zum Bauingenieur und Promotion an der TU Dresden, Tätigkeiten als Projektleiter von Großprojekten im Kraftwerksbau und als Leiter Kalkulation und Vertrieb im Brückenbau

Neue Schöffen und Friedensrichter 2023 im Landkreis Bautzen

Liebe Mitglieder und Unterstützer des AfD-Kreisverbandes,

neben der politischen Arbeit in den gewählten Gremien ist es wichtig, dass wir eine weitere Verankerung in der Gesellschaft erzielen. Die guten Wahlergebnisse bestätigen das, besonders in der Oberlausitz, wo wir über 30 Prozent Zustimmung erfahren.

Dies gilt es nun weiter auszubauen.

Daher rufe ich Euch/Sie auf, sich als Schöffen und Friedensrichter im Landkreis Bautzen zu bewerben.

Für Verhandlungen an den Amtsgerichten Bautzen, Kamenz und Hoyerswerda werden aktuell Schöffen und Jugendschöffen gesucht. Bewerber können sich bis Ende März beim Landratsamt Bautzen melden.



Bedingung ist, dass die Bewerber im Landkreis Bautzen wohnen, zwischen 25 und 70 Jahre alt sind und eine weiße Weste haben, also kein Ermittlungsverfahren wegen einer schweren Straftat läuft. Auch ehemalige Stasi-Mitarbeiter scheidern aus. Juristische Kenntnisse werden bei den Schöffen nicht vorausgesetzt. Schöffen erhalten Fahrtkosten und sonstige Auslagen erstattet – und den Verdienstausschlag.

Bewerber können ihre Bewerbung bis 23. Mai 2023 an die Stadtverwaltung Bautzen richten (rechtsamt@bautzen.de oder telefonisch 03591-534301).

Friedensrichter werden in nahezu allen Städten und Gemeinden gesucht, die Ausschreibungen dazu finden Sie in den Mitteilungsblättern und auf den Webseiten.

Ich danke Euch/Ihnen für den Einsatz und drücke die Daumen für eine erfolgreiche Bewerbung.

Viel Erfolg!

Euer/Ihr Frank Peschel
Vorsitzender AfD-Kreisverband Bautzen

KEIN WEITERES ASYLHEIM IN HOYERSWERDA – Online Petition

<https://www.openpetition.de/petition/online/kein-weiteres-asyllheim-in-hoyerswerda>

Sie können Ihre Unterschrift auch persönlich in unseren Büro´s leisten. Listen liegen aus!

PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten des Landkreises Bautzen

Elektrifizierung der Bahnstrecke im Oberland ist ein Muss

Nachdem bekannt wurde, dass es Seitens der Bundesregierung zu keinem Ausbau der A4 und der Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden-Bautzen-Görlitz kommen wird, setzen sich zahlreiche Landespolitiker derzeit verstärkt für diesen Infrastrukturausbau ein.

Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter, schließt sich diesen Forderungen an und ergänzt:

„Die berechtigten Forderungen unterstütze ich. Jedoch sind mir diese nicht weitgehend genug, da die Gefahr besteht, dass das Oberland vergessen wird.“

Daher fordere ich, dass die Bahnstrecke Dresden-Bischofswerda-Zittau ebenfalls in die Planungen einbezogen und elektrifiziert wird, wie es im Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen vorgesehen ist. Warum dies von der Staatsregierung nicht gefordert wird, ist nicht nachvollziehbar.





Meine Kleine Anfrage (Drs 7/10079) ergab, dass die Deutsche Bahn AG die Investitionskosten einer Elektrifizierung der Strecke zwischen Bischofswerda und Zittau auf ca. 169 Millionen Euro schätzt.

Diese Kosten müssen wir als Investition in die Zukunft der Region betrachten. Das Oberland muss gestärkt werden, damit junge Familien hier eine Perspektive sehen, Arbeitnehmer schnell nach Dresden zur Arbeit gelangen und zehntausenden Bürgern eine attraktive Anbindung an die Landeshauptstadt ermöglicht wird.“

Frank Peschel, MdL
15.2.2023

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/
www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093
t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/channel/UCFgfHEc7yJb75IBR_CvtopA/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy



Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/

www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

<https://www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219>

AfD Oberlausitz/Oberland

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

Regionalgruppe Königsbrück

www.facebook.com/AfDKoenigsbrueck

Regionalgruppe Radeberg/Arnsdorf

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Termine im Kreisverband Bautzen

Sa	18.02.23	9.00-11.00 Uhr	Lausitzer Platz 02977 Hoyerswerda	INFOSTAND der AfD-Regionalgruppe Hoyerswerda
Mi	22.02.23	15.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoeffer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL
Do- Fr	23.02.- 24.02.23		Berlin	INFORMATIONSAHRT nach Berlin und den Deutschen Bundestag
Fr	24.02.23	17.00 Uhr	Dresden Theaterplatz	GROSSER DRESDENER FRIEDENSSPAZIERGANG "Frieden Schaffen ohne Waffen" mit: Angelika Barbe (Bürgerrechtlerin) Jörg Urban (AfD Sachsen) Dr. Christoph Berndt (AfD Brandenburg) Björn Höcke (AfD Thüringen) HC Strache (Ex-Vizekanzler Österreich) Wolfgang, Sigi und Lutz (Pegida Dresden)
Sa	18.03.23	9.00-11.00 Uhr	Lausitzer Platz 02977 Hoyerswerda	INFOSTAND der AfD-Regionalgruppe Hoyerswerda
Di	21.03.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	22.03.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	23.03.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



Nachrichten von und mit Karsten Hilse, MdB

Ansprache zur Einweihung des Bismarckzimmers im Deutschen Bundestag am 7.2.2023

<https://assets.adobe.com/public/ba161564-5834-43cc-6aa7-f2f401779101>

Rede auf der Friedensdemo in Bautzen am 13.2.2023

Nach der Kranzniederlegung am Montag in Dresden bin ich nach Bautzen gefahren, um an der dortigen Friedensdemo teilzunehmen.

<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/videos/1865560287153779>



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 12.2.2023

Liebe Freunde, liebe Leser,

die Ampel-Regierung hat die Bundesländer und Kommunen für den 16. Februar zu einem Asylgipfel nach Berlin einbestellt.

Der Grund: Es kommen gegenwärtig so viele illegale Einwanderer aus allen möglichen Gegenden der Welt nach Deutschland, dass niemand mehr die Frage beantworten kann, wo man sie unterbringen soll.

Auch der Asylgipfel wird dieses Problem nicht lösen, sondern sogar noch verschlimmern. Denn wenn sich nun am Donnerstag Bund, Länder und Kommunen absehbar darauf einigen, weitere Schulen, Hotels und Kasernen für die Unterbringung von Migranten zu nutzen, geht davon das fatale Signal aus: Es darf jeder kommen und bleiben!

Diese Einladung spricht sich leider in Windeseile in Nordafrika, dem Irak und Afghanistan herum. Daher ist zum jetzigen Zeitpunkt ein rigoroser Aufnahme-Stopp alternativlos.

Der nächste notwendige Schritt wäre ein Komplett-Umbau unseres Asylsystems. Jeder, der temporären Schutz in Europa erhalten möchte, sollte das direkt in seinem Heimat- oder





Nachbarland beantragen müssen. Die Europäische Union sollte zu diesem Zweck Asylzentren in der Nähe von Krisenregionen aufbauen.

Wird der Antrag bewilligt, weil tatsächlich eine politische Verfolgung vorliegt, darf der Flüchtling in einen europäischen Staat einreisen. Andernfalls muss er spätestens an der Grenze zurückgewiesen werden.

Wer es dennoch illegal nach Deutschland schafft, erhält dann logischerweise keine Sozialleistungen und wird sofort in sein Herkunftsland abgeschoben. [Wirtschaftsmigranten](#) hätten somit keinerlei Anreiz mehr, es überhaupt zu versuchen.

Seit 2014 wurden in Sachsen rund 150.000 Asylanträge gestellt. Das ist in etwa so viel wie Zwickau (viertgrößte Stadt Sachsens) und Plauen (fünftgrößte Stadt) zusammen. Wie soll eine Aufnahme dieser Dimension funktionieren?

Hinzu kommt: Abgesehen von seltenen Ausnahmen, lässt CDU-Innenminister Armin Schuster niemanden der abgelehnten, kriminellen und illegalen Einwanderer abschieben.

Aktuell sind in Sachsen 15.681 Ausländer ausreisepflichtig. Selbst von den 1.127 Intensivtätern mussten im letzten Jahr nur 41 unser Land verlassen. Das wirkt auf mich wie eine Arbeitsverweigerung von CDU-Innenminister Schuster und CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer, obwohl beide die Öffentlichkeit mit gegenteiligen Aussagen täuschen.

Der Trick dabei: Die CDU weiß ganz genau, dass sie den Schwarzen Peter ihrer Untätigkeit der SPD und den Grünen zuschieben kann. Daher kann sie folgenlos Grenzkontrollen fordern, ohne liefern zu müssen.

Bei der Abschiebung geht diese Rechnung indes nicht auf. Abschiebung ist Aufgabe der Länder und fällt in Sachsen in den Zuständigkeitsbereich der CDU.

Hier lohnt es sich deshalb, einmal ganz genau hinzuschauen. Im Jahr 2014 gab es in Sachsen lediglich 4.132 Ausreisepflichtige. Zugleich wurden 1.037 abgeschoben. Zumindest musste also jeder Vierte mit einer Abschiebung rechnen.

Und heute? Das Verhältnis hat sich unter CDU-Verantwortung von eins zu vier auf drei zu hundert verschlechtert. 2022 wurden nur 504 Personen abgeschoben. Die CDU ist damit eindeutig Teil des Problems und keineswegs Teil der Lösung.

Für uns heißt das: Wenn derzeit in vielen sächsischen Städten Proteste gegen neue Asylheime stattfinden, ist das nur allzu verständlich. Die Politik der offenen Grenzen und bedingungslosen Willkommenskultur ist schon lange gescheitert, wurde aber dennoch von allen Altparteien fortgesetzt.

Eine Mehrheit in Deutschland lehnt laut Umfragen die unkontrollierte Masseneinwanderung ab. Dieser Mehrheitswille muss umgesetzt werden. Geschieht das nicht, gefährdet das den langfristigen Fortbestand unseres Landes, sowohl als Sozialstaat als auch als Kulturland.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam mit Mut und Verstand für eine patriotische Wende kämpfen. Die deutsche Regierung muss sich in erster Linie für das Wohl der Deutschen einsetzen. Und da gibt es mehr als genug zu tun.



Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/abschieben-statt-ohne-kontrolle-aufnehmen/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 11./12.2.2023

AfD-Antrag: Kohle bis 2050 mit CO2-Abscheidung nutzen

Die AfD beantragt, den gesetzlich festgelegten Kohleausstieg zu stoppen (7/12478).

Kohlekraftwerke sollen bis mindestens 2050 weiterlaufen und mit der CCS-Technik zur CO2-Abscheidung ausgerüstet werden. Dazu erklärt der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [Jan Zwerg](#):



„Die Bundesregierung will bei der Zementherstellung in Zukunft CO2 abscheiden und in Norwegen unter der Erde lagern. Diese zukunftsweisende CCS-Technik muss auch für Kohlekraftwerke eingesetzt werden! Die Technik ist sicher. Das haben die Pilotanlage in Schwarze Pumpe und die Speicherung des CO2 bei Potsdam bewiesen.

Die Umstellung auf erneuerbare Energien kann nicht ohne eine ‚Backup-Struktur‘ funktionieren, wenn Wind und Sonne keine [Energie](#) liefern. Das vorgesehene Backup mit Gaskraftwerken ist durch den [Wirtschaftskrieg](#) mit Russland gescheitert. Deshalb brauchen wir bis zum Wiedereinstieg in die [Kernenergie](#) Kohlekraftwerke mit CO2-Abscheidung.

Wir fordern die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für eine entsprechende Korrektur des Kohlekompromisses einzusetzen. Diese Korrektur muss auch beinhalten, die Kohle länger als bis 2038 zu nutzen, falls bis dahin die [Kernkraft](#) nicht genutzt werden sollte. Zusätzlich sollen bereits mögliche Standorte für die CO2-Speicherung in Sachsen vorkundet werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-kohle-bis-2050-mit-co2-abscheidung-nutzen/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.2.2023

AfD-Anfrage: 1.127 Asyl-Intensivtäter in Sachsen



In Sachsen werden aktuell 1.127 Asyl-Intensivtäter verköstigt und mit [Bargeld](#) alimentiert. Die meisten kommen aus Syrien, Tunesien und Libyen.

Von diesen Kriminellen befinden sich gerade einmal 249 in Haft. Zudem wurden innerhalb des letzten Jahres nur 41 der Verbrecher abgeschoben. Das ergab die Anfrage des AfD-Abgeordneten [Sebastian Wippel](#) (7/12082).

„Die Staatsregierung muss die eigenen Bürger endlich schützen“, fordert Wippel. „Wir wollen diesem staatlich geduldeten Asyl-Missbrauch ein Ende bereiten. Wer als Zugereister in Sachsen kriminell wird, muss sofort abgeschoben werden!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-1-127-asyl-intensivtaeter-in-sachsen/>

Wir gedenken der Opfer des Bombenangriffs

Zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens am 13. Februar erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):

„Wir gedenken der vielen Opfer des Bombenangriffs und der Zerstörung Dresdens. Der Angriff ist besonders tragisch, weil er sinnlos und ohne militärischen Nutzen war. Die Kriegserfahrung hat uns Deutsche gelehrt, für Frieden und Verhandlungen einzutreten. Auch in aktuellen Konflikten sehen wir daher die Verpflichtung, Diplomatie statt Waffen sprechen zu lassen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/wir-gedenken-der-opfer-des-bombenangriffs/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.2.2023

AfD-Antrag: Regierung darf Journalisten nicht bezahlen!

Durch Anfragen der AfD ([7/10755](#) und [7/11004](#)) kam in den letzten Monaten heraus, dass mehrere Journalisten des MDR auf Honorarbasis auch für sächsische Ministerien tätig sind. Ein regierungskritischer, unabhängiger und objektiver Journalismus ist unter diesen Voraussetzungen kaum möglich. Daher beantragt die sächsische AfD-Fraktion nun ([Drs. 7/12370](#)), dass die Regierung keine Aufträge mehr an Journalisten vergeben darf.

Dazu erklärt der medienpolitische Sprecher, [Torsten Gahler](#):



„Es gibt das bekannte Sprichwort: **Man beißt nicht die Hand, die einen füttert.** Aus diesem Grund sollte es eine klare Trennlinie zwischen einer journalistischen Tätigkeit und der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung geben.

Medien sind in unserer Demokratie als **Vierte Gewalt** vorgesehen. Sie sollen der Regierung also auf die Finger klopfen, sobald dies erforderlich ist. Dazu muss jedoch ihre Unabhängigkeit gestärkt werden.

Es ist fatal, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, die Regierung würde sich Hofberichterstattung erkaufen. Besonders problematisch empfinden wir dabei die engen Beziehungen zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und der sächsischen Regierung.

Die Neigung des MDR zum Regierungsjournalismus hängt sicherlich auch mit den Doppelbeschäftigungen zusammen. Deshalb müssen diese Doppelbeschäftigungen aufgelöst werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-regierung-darf-journalisten-nicht-bezahlen/>



Maschinenbau in großer Sorge: Russland-Sanktionen abschaffen!

Die Europäische Union plant eine weitere Verschärfung der Russland-Sanktionen. Laut „Welt“ dürfte das vor allem den deutschen Maschinenbau schmerzhaft treffen.



Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):

„Sachsen ist Maschinenland. Im Maschinenbau gibt es im Freistaat rund 1.000 Unternehmen mit 45.000 Mitarbeitern. Bereits in der Vergangenheit litt diese Branche enorm unter den Russland-Sanktionen. Ein mittelständisches Unternehmen aus Chemnitz verlor z.B. nach eigenen Angaben 15 Millionen Euro. Dem Unternehmen wurde nach bereits getätigten Investitionen verboten, speziell für den russischen Markt Maschinen herzustellen.

Über diese Verbote freuen sich dann insbesondere die Chinesen. Aufträge, die sächsische Unternehmen untersagt bekommen, übernehmen chinesische Konkurrenten liebend gern.

Das zeigt: Die Sanktionen treffen die russische Regierung in keiner Weise. Sie richten ausschließlich bei uns in Deutschland und Sachsen einen riesigen Schaden an.

Ich fordere daher CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer auf, die Interessen der sächsischen [Wirtschaft](#) in den Mittelpunkt zu stellen. Das heißt: Wie von der AfD bereits unzählige Male beantragt, sollte sich die Staatsregierung für ein Ende der gescheiterten Sanktionspolitik einsetzen.



Wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen sind aus meiner Sicht wichtige Brücken, um den Frieden in Europa wiederherstellen zu können.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/maschinenbau-in-grosser-sorge-russland-sanktionen-abschaffen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.2.2023

„Flüchtlingsgipfel“: Veto-Recht gegen neue Asylzentren einführen!

Die Bundesregierung hat die Länder und Kommunen zu einem „Flüchtlingsgipfel“ am 16. Februar eingeladen. Dazu erklärt der kommunalpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [Roland Ulbrich](#):

„Die Kommunen können nicht noch mehr Asylbewerber aufnehmen. Deshalb fordern wir einen sofortigen Aufnahmestopp in Sachsen. Darüber hinaus sollten wir die Kommunen mit einem Veto-Recht ausstatten, das ihnen erlaubt, die verpflichtende Aufnahme neuer Asylbewerber abzulehnen, sobald eine Überlastung nachgewiesen werden kann und der soziale Frieden in der örtlichen Gemeinschaft bedroht ist.

Das Grundgesetz sieht in Artikel 28 vor, dass die Gemeinden **alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft (...) in eigener Verantwortung** regeln dürfen. Das sollte aus meiner Sicht auch die Asylpolitik beinhalten.

Deshalb finde ich das Sächsische Flüchtlingsaufnahmegesetz hochproblematisch. Es verpflichtet die Gemeinden zur bedingungslosen Aufnahme – Widerspruch ausgeschlossen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Mit einem Veto-Recht könnten die Kommunen sagen: Jetzt ist genug! Wir können nicht mehr!

Asylbewerber könnten dann nur noch in jenen Gemeinden aufgenommen werden, die keine strikte Obergrenze definieren. Meine Empfehlung an die Kommunen ist jedoch, auf eine solche Obergrenze zu pochen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/fluechtlingsgipfel-veto-recht-gegen-neue-asylzentren-einfuehren/>



Angriff auf AfD-Stadtrat: Keine Narrenfreiheit für Linksextremisten

Am Wochenende wurde der AfD-Stadtrat Marius Beyer in einer Leipziger Bar bei einer Attacke einer Gruppe von zehn bis zwölf Personen verletzt. Auch sein Begleiter wurde krankenhaushausreif geschlagen. Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):

„Linksextremisten scheinen in Sachsen Narrenfreiheit zu haben. Wo bleibt der Aufschrei in der Landespolitik? CDU-Innenminister Armin Schuster ist es offenbar egal, wenn militante Gruppen AfD-Politiker jagen und verprügeln.



Das Versagen im Bereich Linksextremismus zeigt auch ein weiterer aktueller Fall: Der sächsische Antifa-Schläger Tobias E. prügelte in Ungarn Andersdenkende blutig. Dabei dürfte er sich gar nicht auf freiem Fuß befinden. Der bekannte Mehrfach-Gewalttäter gehört zum Umfeld von Lina E. und ihrer Hammerbande. Unverständlicherweise erhob die Staatsanwaltschaft keine Anklage gegen ihn.

Offenbar müssen erst die ungarischen Behörden eingreifen, um die schlimmsten Schläger aus Sachsen dingfest zu machen. Danke Ungarn!

Die lasche Strafverfolgung politischer Terroristen im Freistaat Sachsen gefährdet unsere Demokratie. Angriffe auf gewählte

Volkstvertreter müssen konsequent verfolgt werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/angriff-auf-afd-stadtrat-keine-narrenfreiheit-fuer-linksextremisten/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.2.2023

Deutschland als Anführer des Krieges gegen Russland?

Laut der „Welt“ haben zahlreiche „einst angeblich lieferwillige Länder“ ihre Panzer-Zusagen „komplett zurückgezogen“. Das betrifft unter anderem die Niederlande, Dänemark, Finnland und Schweden.

„So findet sich Deutschland inzwischen bei den Leopard-Lieferungen recht allein wieder“, schreibt die Zeitung. Während die USA 31, Großbritannien 14 und Frankreich „gar keine“ Kampfpanzer liefern, gab die Bundesregierung Zusagen für „fast 200 Kampfpanzer“.

Das ist jedoch noch nicht alles: Die „Washington Post“ berichtete am 25. Januar, die 31 amerikanischen Abrams könnten sich um „Jahre“ verspäten. Der Grund: Sie sollen nicht aus Beständen geliefert werden, sondern direkt aus der Fabrik kommen. Unklar sei dann allerdings die Bezahlung und die USA dürften Anfang Juni ihre Schuldenobergrenze erreichen. Finden also auch noch die USA einen Anlass, um einen Rückzug zu rechtfertigen?



„Ich stelle mir die Frage, ob die USA und andere West-Mächte Deutschland mit voller Absicht in die allererste Reihe der Koalition schieben? Das Problem daran: Damit werden wir im Zweifelsfall auch zum ersten Angriffsziel“, betont der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban besorgt. „Hinzu kommt: Der Flughafen Leipzig/Halle ist bereits jetzt ein Drehkreuz zum Transport von Kriegsgerät.“

Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) betonte laut LVZ, der Flughafen werde



gebraucht, „um die Ukraine zu unterstützen, auch militärisch“. Urban dazu: „Wenn sich sächsische Oberbürgermeister auf der Ebene der Sprache bereits ebenso wie die grüne Außenministerin Annalena Baerbock im Krieg gegen Russland wännen, ist das ein gefährliches Spiel mit dem Feuer.“

Statt sich mit martialischer Rhetorik und Waffenlieferungen in diesen Krieg hineinziehen zu lassen, müssen wir einen Frieden am Verhandlungstisch erreichen.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5910741792328623/>

Gaspreise senken, Nord Stream 1 und 2 reparieren

Aktuell verdoppeln Gasversorger die Preise für die letzten Kunden mit günstigen Altverträgen. Die AfD will diese fortwährende Kostenexplosion mit einem Antrag stoppen (7/[12479](#)). Alle verfügbaren Pipelines nach Russland sollen für den Gasimport genutzt und die gesprengten Leitungen Nord Stream 1 und 2 repariert werden.



[Jan Zwerg](#), energiepolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Das teure amerikanische Fracking-Gas ist keine Alternative zum preiswerten russischen Pipeline-Gas. Ohne bezahlbares Gas stehen wir vor massiven sozialen und [wirtschaftlichen](#) Problemen. Teure [Energie](#) befeuert die Geldentwertung und bringt viele Bürger in existenzielle Nöte. Zusätzlich vertreibt sie die sächsische und deutsche Industrie ins Ausland. Das kostet uns Arbeitsplätze und Wohlstand.“

Die AfD fordert die Staatsregierung mit diesem Antrag daher auf, sich auf Bundesebene für die Reparatur der sabotierten Gasleitungen einzusetzen. Da sich Ministerpräsident Kretschmer für das gleiche Ziel ausgesprochen hat, könnte es im Landtag eine Mehrheit für eine entsprechende Bundesratsinitiative geben.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/9472-2/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.2.2023

Führerschein für Azubis in ländlichen Regionen bezuschussen!

Die sächsische AfD-Fraktion fordert mit einem neuen Antrag ([Drs. 7/12567](#)) einen Landeszuschuss für den Führerschein von Auszubildenden, die sich für eine ländliche Region entschieden haben. 50 Prozent der Kosten des Führerscheins bzw. maximal 1.500 Euro sollen die jungen Fachkräfte erstattet bekommen. Der Freistaat Sachsen müsste dafür zunächst rund 37,5 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Dazu erklärt [Thomas Thumm](#), Sprecher der AfD-Fraktion für Regionalentwicklung:



„Statt mit Millionenbeträgen ausländische Arbeitskräfte anzuwerben, sollten wir unsere Jugend für die eigene Heimat begeistern. Wir müssen es ihr ermöglichen, auch außerhalb der Großstädte einen Beruf im Handwerk, Handel oder in der Industrie zu erlernen.

Es ist dabei nur fair, sich auch an den Kosten des dafür notwendigen Führerscheins zu beteiligen, da Studenten in den Großstädten stark subventionierte Semestertickets nutzen können. In unseren ländlichen Regionen ist der Nahverkehr leider ungenügend ausgebaut – noch dazu, wenn man womöglich ein Gewerbegebiet ansteuern muss.

Um die Attraktivität von Ausbildungsberufen und unserer ländlichen Regionen zu steigern, müssen wir daher beim Führerschein ansetzen. Das ist eine sinnvolle Investition in die Zukunft.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/fuehrerschein-fuer-azubis-in-laendlichen-regionen-bezuschussen/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

Große Mehrheit lehnt Faesers Massenmigration ab!

Eine Innenministerin isoliert sich in der Bevölkerung: Laut einer Umfrage des Civey-Instituts befürworten nur 17 Prozent der Befragten die Migrationspolitik von Nancy Faeser (SPD). Rund zwei Drittel (64 Prozent) lehnen ihre Migrationspolitik hingegen ab. 48 Prozent bezeichnen Faesers Kurs als „sehr negativ“, weitere 16 Prozent als „eher negativ“. Diese Umfrage-Klatsche hat Faeser sich redlich verdient, denn mit ihrer sturen Blockadehaltung gegenüber Abschiebungen regiert sie völlig am Volk vorbei.



Während die Innenminister anderer EU-Mitgliedsstaaten die Zurückweisung von Migranten an der EU-Außengrenze befürworten, lehnt Faeser ein solches Vorgehen ab. Und man muss auf ein besonders schändliches Kapitel ihrer politischen Karriere immer wieder hinweisen: Sogar im Fall des

afghanischen Vergewaltigers eines 14-jährigen Mädchens in Illerkirchberg sperrte Faeser sich gegen eine Ausweisung.

Politikern wie Faeser geht es eben gar nicht um die Lösung der Probleme im Land, sondern darum, ihre Ideologie unter allen Umständen den Menschen aufzuzwingen. Gerade deshalb braucht es für unsere AfD starke Wahlergebnisse und eine schnellstmögliche Regierungsbeteiligung, damit der Realitätsverweigerung von rot-grünen Ideologen der Marke Faeser endlich die Tür gewiesen wird!

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/6237073616322925/>



Deutsche Linksterroristen in Ungarn verhaftet

Am Wochenende kam es in der ungarischen Hauptstadt Budapest zu einer brutalen Serie von Angriffen durch eine Gruppe von Linksterroristen. Darunter befanden sich auch Deutsche: Clara W. (22), Anna M. (25), Emilie D. (20), Moritz S. (20), Tobias E. (29). [1]

Die Vorgehensweise erinnert bis ins Detail an die Angriffe der Gruppierung um Lina Engel, der derzeit in Dresden der Prozeß wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung gemacht wird. Trotz Engels Verhaftung sind die meisten Mitglieder der »Hammerbande« noch immer auf freiem Fuß. Zuletzt schlug ein Überfallkommando am 12. Januar in Erfurt zu. [2] Bereits 2021 gab es in Erfurt einen spektakulären Überfall, bei dem als Polizisten verkleidete Linksextremisten einen politischen Gegner zu Hause überfallen haben, ihn mit Chlor übergossen und mit einem Hammer vorsätzlich das Bein brachen.

Bei dem im BILD-Artikel erwähnten Tobias E. könnte es sich um Tobias Edelhoff handeln, der bereits im Zusammenhang mit Anschlägen in Eisenach gefaßt, aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Ein Kronzeuge im »Antifa-Ost-Verfahren« zählt ihn zum engeren Kreis der »Hammerbande«.

Im rot-rot-grün regierten Thüringen scheint es wenig Interesse an einer ernsthaften Verfolgung linksextremistischer Gewalt zu geben. Die Gewaltserie, die besonders auch in Thüringen ihre Blutspuren zieht, eskaliert immer weiter. Im Ausland, wo es weniger Sympathien für die Motive der Täter gibt, wurde nun womöglich die wichtigsten Täter gefaßt.

Weitere interessante Details zu den Hintergründen kann ich aus Zensurgründen nur auf Telegarm veröffentlichen: <https://t.me/BjoernHoeckeAfD>

[1] <https://www.bild.de/.../totschlaeger-attacke-in-budapest...>

[2] <https://www.bild.de/.../neonazis-in-erfurt-schwer...>

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=889626989127618&set=a.599798814777105>





PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien

Deutschland braucht eine Zeitenwende in der Migrationspolitik!

Zu den Ergebnissen des heutigen Flüchtlingsgipfels von Bund, Ländern und Kommunen teilen die Vorsitzenden der AfD-Fraktion, Alice Weidel und Tino Chrupalla, mit:



Alice Weidel:

„Die Ergebnisse des sogenannten ‚Flüchtlingsgipfels‘ sind völlig unzureichend. Der Gipfel war nicht mehr als eine billige Show-Veranstaltung, die dem Ernst der Lage nicht gerecht wird. Es ist fünf vor zwölf, Deutschland droht die migrationspolitische Katastrophe und der Kanzler glänzt durch Abwesenheit.

Mehr Unterkünfte und mehr Geld für die Kommunen führen genauso wenig aus der Migrationskrise wie Rufe nach einer anderen Verteilung der Migrantenströme. Nicht nur Länder und Kommunen, das ganze Land ist überfordert.

Deutschland braucht eine Zeitenwende in der Migrationspolitik. Die Grenzen müssen effektiv geschützt,

ausreisepflichtige Migranten schnellstmöglich ausgewiesen werden. Die Ampel-Koalition und die Union, unter deren Kanzlerschaft der Kontrollverlust 2015 ausgelöst wurde, tragen die Verantwortung für die sich abzeichnenden Verteilungskämpfe und sozialen Verwerfungen in unserem Land.

Sollte die Regierung jetzt nicht die Notbremse ziehen, gefährdet sie den inneren Frieden und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Die AfD-Fraktion wird sich dieser verantwortungslosen Politik mit aller Kraft entgegenstemmen.“

Tino Chrupalla:

„Deutschland ist der Magnet für unkontrollierte Zuwanderung nach Europa. Die Politik der offenen Grenzen destabilisiert unser Land und den Kontinent. Deswegen muss die Bundesregierung falsche Anreize abstellen.

Geldleistungen für Zuwanderer sind in Sachleistungen umzuwandeln. Das Programm zur Sonderaufnahme von Afghanen ist zu stoppen. Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen endlich abgeschoben werden.

Vor allem muss sich die Bundesregierung für ein Ende aller Sanktionen gegen Syrien und Afghanistan einsetzen und die Botschaften in beiden Ländern so schnell wie möglich wieder eröffnen. Das Problem der Zuwanderung kann nur im Dialog mit den Ländern der jeweiligen



Region gelöst werden.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1310388152878026/>

AfD-Fraktion stellt Strafanzeige gegen Nancy Faeser!

Der AfD-Bundestagsabgeordnete **Stephan Brandner, MdB** und die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag haben Strafanzeige gegen Nancy Faeser wegen des Verdachts der Nichtweiterleitung einer Parteispende und der damit einhergehenden Verletzung einer ordnungsgemäßen öffentlichen Rechnungslegung sowie der Begehung der Untreue erstattet. Hierzu erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und Justiziar der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Brandner:

„Dass sich insbesondere die Altparteien den Staat zur Beute gemacht haben, kritisieren wir als AfD-Fraktion ja schon lange. So schamlos, durchschaubar und aus meiner Sicht kriminell, wie Frau Faeser handelt, ist es aber selten: Sich mit erheblichem Aufwand von Steuer- und Ministeriumsmitteln einen Twitterkanal aufmotzen zu lassen und ihn dann auf sich als wahlkämpfende SPD-Landesvorsitzende unentgeltlich übertragen zu lassen, verstößt nicht nur gegen das Parteienrecht, sondern auch gegen die Verfassung. Staat, Parteien und Privatsachen sind drei Paar Schuhe und müssen im Sinne der Chancengleichheit strikt getrennt werden.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1308428803073961/>



Nachrichten aus Deutschland und der Welt

Nicht gezählte Briefwahlstimmen entdeckt

<https://www.rbb24.de/politik/wahl/abgeordnetenhaus/agh-2023/beitraege/berlin-wahl-stimmen-briefwahl-stimmen-nicht-ausgezaehlt-panne.html>

Erster Stromversorger in Oberlausitz senkt Preis

<https://www.radiolausitz.de/beitrag/erster-stromversorger-in-oberlausitz-senkt-preis-761420/>

Auch das noch ...

Neuer Mobilfunkstandard - Projekt «6G Health» begonnen

<https://live.vodafone.de/digital/internet/telekommunikation-neuer-mobilfunkstandard-projekt-6g-health-begonnen/11913177>

Sachsen: Innovativer Standort für Life Sciences-Unternehmen

<https://standort-sachsen.de/de/info-center/nachrichten/86806-sachsen-innovativer-standort-fuer-life-sciences-unternehmen>



Video-Empfehlungen

Thomas Ehrhorn (AfD) im Deutschen Bundestag zu Hass, Hetze und Kriegstreiberei IM Deutschen Bundestag

<https://www.facebook.com/thomas.ehrhorn.afd/videos/517809663747692>

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen